

THÄLMANN UND THÄLMANN VOR ALLEN! oder Warum wurde Ernst Thälmann ermordet?

WIR HABEN EINEN TRAUM:

In einem feierlichen Akt wird die wiedererrichtete „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ als nationales Mahnmal und antifaschistisches Denkmal für die rund 40 Genossinnen und Genossen der KPD, die Teilnehmer der illegalen ZK-Tagung der KPD im Sporthaus Ziegenhals am 7.2.1933 waren, eingeweiht. Hier begann der organisierte Widerstand gegen das Nazi-Regime. Im gleichen Zuge werden Arbeiter- und Thälmann-Denkmäler im ganzen Land, insbesondere das Ernst-Thälmann-Denkmal in Berlin, saniert und gründlich gereinigt. Entehrende Kommentierungen werden entfernt und die beiden Spruchtafeln mit einem Thälmann- und einem Honecker-Zitat wieder aufgestellt. Bei den gehaltenen Reden stechen vor allem Vertreter der SPD hervor, die selbstkritisch mit der eigenen Partei-Führung ins Gericht gehen, die in jenen Januar- und Februar-Tagen des Jahres 1933 im antifaschistischen Kampf versagte und dem Aufruf der KPD zum gemeinsamen Aufruf zu einem Generalstreik eine Abfuhr erteilte. Es wurde festgestellt, dass es ein Fehler war, sich an das bürgerliche politische Lager von Zentrum u.a. zu klammern, Legalismus zu predigen, obwohl auch die eigenen Genossen bereits gefoltert und ermordet wurden. Falsch war die Anbiederung an das Nazi-Regime, die so weit ging, dass man mit der NSDAP gemeinsam am 1. Mai aufmarschierte (am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser gestürmt) und im Juni 1933, kurz vor dem Verbot der SPD, die jüdischen Mitglieder des Parteivorstands entfernte. Stattdessen hätte man für die Einheit der Arbeiterklasse eintreten und dem Aufstieg des Faschismus, die breite antifaschistische Front der Werktätigen in Stadt und Land entgegenstellen sollen. Als Dank für die Verdienste im antifaschistischen Kampf wurden insbesondere Rudolf Breitscheid sowohl als Ernst Thälmann hervorgehoben, der Hafnarbeiter mit klarem Kompass und dem großen Herz für alle Werktätigen. Man wird doch wohl noch träumen dürfen! Oder ist das Zukunftsmusik?

Die Realität

Die Realität heute ist eine ganz andere. Thälmann wurde am 18. August 1944 im Konzentra-

tionslager Buchenwald ermordet. Diesem Mord folgten viele weitere – in Form von Rufmorden, in Form von Herabsetzungen, Diffamierungen, Lügen. Die letzte Gedenkstätte auf DDR-Gebiet, die Ernst Thälmann gewidmet war, die Ziegenhalsener Ernst-Thälmann-Gedenkstätte, wurde im Jahr 2010 abgerissen und zertrümmert. Der 2013 durch ein antifaschistisches Bündnis finanzierte und errichtete Gedenkstein für die „Ziegenhalsener Tagung“ wurde bislang zweimal geschändet. Das Berliner Ernst-Thälmann-Denkmal wurde zunächst künstlerisch kommentiert und nun durch eine Historikerkommission kommentiert. Während die künstlerische Kommentierung von Betina Kuntzsch persönliche Erinnerungen an die DDR und den Thälmann-Park nutzt, um den eigenen Antikommunismus gegen KPD und die DDR zu tarnen, werden die großen Geschützte bei der historischen Kommentierung ausgepackt. Dort sind es nicht mehr allein die „Extremisten“, die von links und rechts die zarte Pflanze der Weimarer Demokratie zertraten, nein, mittlerweile wird Thälmanns KPD allein die Schuld für den Aufstieg Hitlers in die Schuhe geschoben. Er habe verhindert, dass die beiden Arbeiterparteien SPD und KPD zusammenarbeiteten. Thälmann wird als Marionette Moskaus dargestellt – da darf die Wittdorf-Affäre natürlich auch nicht fehlen. Alle diese Vorwürfe lassen sich leicht mit der historischen Wahrheit widerlegen. Bereits 1927 (und später wieder und wieder in zahlreichen Schriften wie „Thälmanns Antwort auf 21 Fragen von SPD-Arbeitern!“) macht Thälmann in seiner Rede auf dem KPD-Parteitag in Essen die Bedeutung der Einheitsfront, des Zusammengehens mit den SPD-Arbeitern, deutlich. Bereits hier fordert er die eigenen Genossen auf, den SPD-Mitgliedern und den Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft brüderlich und freundschaftlich die Hände zu reichen und sie durch tägliche Kleinarbeit von der Ehrlichkeit der Einheitsabsichten der Kommunisten zu überzeugen. Gleichzeitig fordert er einen entschiedenen Kampf gegen die Ideen

der SPD-Führer, vor allem ihren rechten Flügel, dessen Vertreter Ebert, Zörgiebel, usw. waren, gegen die von der SPD-Führung gepredigte Burgfriedenspolitik, die wir heute Sozialpartnerschaft nennen. Bekämpft wurden demnach die Illusionen des Reformismus, dessen Träger u. a. die Parteiführung der SPD war, nicht die SPD. Dabei hatte es Thälmann nicht leicht. Unvergessen waren die Verbrechen und der Verrat der SPD-Führer (z. B. die Zustimmung zu den Kriegskrediten, Niederschlagung der November-Revolution, Ermordung von Karl und Rosa, der Köpenicker Blutmai usw.) in den Reihen der Arbeiter und Kommunisten. Daher kostete es viel Überzeugungsarbeit, die Unterscheidung zwischen SPD-Mitglied und SPD-Leitung in die tagtägliche Politik einfließen zu lassen. Die zahlreichen lokalen und regionalen Streiks, die Massendemonstrationen und Einheitsfront-Bündnissen im Jahr 1933 zeigen, dass dieser Kurs auch von gewissem Erfolg geprägt war.

Warum wurde Thälmann ermordet?

Thälmann wird heute abermals ermordet, weil er ein Stachel in der deutschen Geschichte ist und bleibt. Es ist der Stachel der Wahrheit, dass Hitler nicht durch Wahlen an die Macht kam, sondern dank der massiven finanziellen Unterstützung von Teilen des deutschen Monopolkapitals und dank der politischen Machtübergabe, von Hindenburg an Hitler, von der alten Elite in die Hand der neuen Elite. Die KPD bekämpfte nicht die Weimarer Republik, sie verteidigte ihre demokratischen Errungenschaften, kämpfte jedoch gegen Demokratieabbau und gegen die Restaurationsversuche von Reaktionären und Monarchisten. Nebenbei bemerkt muss man schon ganz fest die Augen vor den Tatsachen verschließen, um die Weimarer Republik als Vorbild in Sachen Demokratie einzuschätzen. Vielmehr war Weimar geprägt von politischem Notstand, Parlamentsauflösungen, Notstandsregierungen, Verboten (RFB, Die Rote Fahne), Pflege und Schutz reaktionärer und militaristischer Aktivi-

täten (z. B. Stahlhelm). Das demokratisch-bürgerliche Lager setzte den Faschisten letztlich keinen Widerstand entgegen, die SPD-Führer entwaffneten ihre eigenen Mitglieder und damit die gesamte Arbeiterklasse mit ihrer falschen Analyse des „baldigen Abwirtschaftens der Nazis“, der „Witzblattfigur Adolf Hitler“ sowie ihrer legalistischen Tendenzen, auch dann noch „auf dem Boden der Verfassung“ zu stehen, wenn diese schon in Arbeiterblut getränkt ist.

Mit der Diffamierung Thälmanns und seiner KPD wird von der eigenen Schuld der bürgerlichen Parteien, der SPD und noch wichtiger des deutschen Kapitals abgelenkt. Man hat wieder seinen Sündenbock gefunden: Die Kommunisten. Damit muss man sich weder der eigenen Verantwortung stellen, noch Schlüsse für heute ziehen. Außerdem versperrt und diskreditiert man die sozialistisch-kommunistische Alternative gleich mit. Deshalb allein müssen wir weiter daran festhalten, Thälmann zu ehren. Deshalb wird jedoch unser Traum noch lange nicht Wirklichkeit. Das heutige Deutschland befindet sich in der Traditionslinie des Nazi-Staates und der Bundesrepublik Deutschland. Als Himmler in seinen Notizen während einer Besprechung mit Hitler am 14.8.1944 den direk-

ten Mordbefehl niederschrieb „Thälmann ist zu exekutieren“, dann geschah das vor allem aus folgendem Grund. Angesichts der großen militärischen Erfolge der Roten Armee, angesichts von Stalingrad sahen die Herren der deutschen Banken und Konzerne ihre Felle davonschwimmen – ihre treuen Bluthunde wussten was zu tun ist: Die kommende Niederlage vor Augen wollten sie noch möglichst viele derjenigen in den Tod reißen, die ein Garant waren für ein neues, sozialistisches Deutschland der Völkerfreundschaft und des Friedens. Die Faschisten nahmen uns unsere Besten, aber eine Deutsche Demokratische Republik, die zumindest einem Teil Deutschlands dem Zugriff des deutschen Monopolkapitals entzog, nicht.

Da der Antikommunismus bei der Gründung der BRD 1949 Pate stand und auch bei der Einverleibung der DDR 1990, können wir vielleicht besser verstehen, warum sie Thälmann wieder und wieder ermorden, auslöschen wollen: Die KPD brauchte nur wenige Tage, um die gesamte Arbeit auf den Sturz Hitlers umzustellen und die Partei geordnet in die Illegalität zu führen (Ziegenhals), während das demokratische Bürgertum und die sozialdemokratische Leitung versagten.

Bis heute weigern sie sich, sich ihren eigenen Fehlern zu stellen, und laufen damit Gefahr,

sie zu wiederholen, wie im Zeitraum 1929 bis 1933. Damals wie heute ist das bürgerliche Lager, einschließlich der SPD-Führung, nicht in der Lage, einem aufkeimenden Faschismus etwas entgegenzusetzen. Einerseits helfen die Rechten dabei, die Unzufriedenheit nach unten zu lenken – auf die Geflüchteten, auf Nicht-Deutsche, auf Bürgergeldempfänger. Andererseits vor allem gegen Links: Die Nazis waren schon immer eine gute Waffe gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Schließlich wälzt die herrschende Politik die Kosten der Krise auf die Werktätigen ab und bereitet damit wiederum den Boden, auf dem die Nazi-Propaganda sprießen kann.

Wir bleiben dagegen unserem Hamburger Hafearbeiter treu. Es gilt auch heute, seine Schriften zu studieren und seine Erkenntnisse auf heute anzuwenden. Ernst Thälmann sagte 1932 „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“ – er behielt Recht. Er sagte 1941, kurz nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion: „Stalin bricht Hitler das Genick“ – er behielt Recht. Die Möpse bellen den Elefanten an? Lassen wir sie bellen. Wir kämpfen für eine Welt ohne Krieg, Faschismus und Ausbeutung und werden Teddy die Ehre erweisen, die ihm gebührt. *Max Renkl (Freundeskreis „Ernst Thälmann“ e. V., Ziegenhals-Berlin, www.etg-ziegenhals.de)*

* * * AUS DER ARBEIT DES VORSTANDES * * *

Erklärung des Präsidiums des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.

Berlin, 15.06.2024

Wir begrüßen die erneute Friedensinitiative des Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin, aktuell vorgestellt in seiner Rede im russischen Außenministerium am 14.06.2024. Seine Friedensvorschläge basieren auf dem Votum der Bevölkerung der vier neuen Regionen sowie den mehrfachen Voten der Menschen auf der Krim. Sie gehen zudem von den Fakten auf dem Gefechtsfeld aus. Sie zeigen die Genese des Ukraine-Konflikts.

Diese Friedensinitiative basiert auf der Kontinuität des Friedenswillens Russlands, der bei Abschluss und versuchter Umsetzung von Minsk 2 sowie bei der Verhandlungsbereitschaft und dem deshalb vor Abschluss stehenden Vertrag im Frühjahr 2022 offen der Welt dokumentiert wurde. Antworten von den verschiedenen Seiten offenbaren der Welt, wer der Aggressor ist, wer stetig eskaliert, wem unzählige Menschenleben gleichgültig sind und auch welche Absichten dahinterstehen.

Angesichts des Leids aus Krieg und Aggression und angesichts der Gefahr einer gewaltigen Ausweitung dieses Konfliktes hin zu einem dritten Weltkrieg ist die breite Unterstützung dieser Initiative Ausdruck des Überlebenswillens aller Vernunftbegabten.

Die kriegslüsternden profit- und revanchegetriebenen Rufe, Russland besiegen zu müssen, gehen von der irrigen Annahme aus, den Kriegsschauplatz begrenzen zu können. Das war beim Ersten und auch beim Zweiten Weltkrieg nicht der Fall. Bei den heutigen Mitteln, die in kürzester Zeit jedes Ziel in der Welt erreichen, zeugt auch eine solche Annahme von gewaltiger Fehleinschätzung und Verkennung der Realitäten. Die Rufer für einen Krieg und gegen Verhandlungen meinen, möglicherweise selbst sichere Überlebenschancen zu haben. Unser Beitrag ist es, die Friedensinitiative des russischen Präsidenten so zu unterstützen, dass sie einen breiten Widerhall erlangt und beiträgt, der Vernunft im Interesse der Mensch-

heit zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu rufen wir alle auf, die wir erreichen können. Dieser Gedanke war Grundlage unserer Konferenz „Dialog statt Waffen“ im März 2023. Dieser Gedanke war auch Grundlage der internationalen Konferenz des Deutschen Friedensrates e.V. und des OKV e.V. mit Beteiligung von Vertretern europäischer Mitglieder des Weltfriedensrates im September 2023, die wir aktiv unterstützten.

Egal welches Parteibuch, welchen Glauben, welche Nationalität ein Jeder besitzt, wir rufen dazu auf, die Friedensinitiative von W. Putin gemeinsam mit uns zu unterstützen.

Dr. Matthias Werner, Präsident des OKV e.V.

Einordnung der Erklärung

Das Präsidium des OKV hat am 15. Juni 2024 eine Erklärung zur Friedensinitiative des Präsidenten der Russischen Föderation veröffentlicht. Die Absicht dieser Erklärung ist es, sich in die vielen Rufe nach Verhandeln, nach Dialog statt Waffen einzureihen.

Damit setzen wir die Position der friedenspolitischen Veranstaltungen des OKV u.a.

„Dialog statt Waffen - überparteilich“ vom März 3/23 mit dem Aufruf fort. Angesichts der seither stetigen westlichen Eskalation steht die Welt am Rande des Dritten Weltkrieges. Unsere Erklärung soll einen Beitrag der gemeinsamen Aufrufe zur Vernunft sein. Die aktuelle Erklärung der DKP unterstützen wir ebenso wie alle anderen, die die Wende hin zum Dialog und zur Deeskalation schaffen.

Joachim Bonatz, Vorsitzender ISOR e.V.

Der Kampf für gerechte Renten in der Zukunft und für Rentengerechtigkeit benachteiligter DDR Bürger geht weiter

Der Runde Tisch Rentengerechtigkeit (RTR) hatte in Kooperation mit den Gewerkschaften, DGB, Bezirk Sachsen, ver.di Sachsen West Ost Süd (SWOS) und Eisenbahn und Verkehrsgewerkschaft (EVG) Süd-Ost zur Rentenkonferenz nach Chemnitz eingeladen. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Forderung „Gerechte Rente für alle“ sowie der Kampf gegen das Rentenunrecht und die Anerkennung der Lebensleistungen vieler betroffener DDR-Bürger. Der Einladung der Vorsitzenden des RTR Dietmar Polster und Dr. Klaus-Dieter Weißenborn waren u.a. Prof. Dr. Gerd Bosbach, Köln, Daniela Kolbe Vorsitzende des Bezirkes Sachsen des DGB, Simone Lang SPD, Mitglied des Landtages Sachsen sowie weitere Vertreter von sozialpolitischen Vereinen und Gewerkschaften nach gekommen. Joachim Bonatz und Gerald Böhm wurden als Mitglieder des Vorstandes der ISOR e.V. begrüßt. Die Vorstandsmitglieder Steffen Haupt und Hans Schwart sowie der Vorsitzende der TIG Chemnitz, Peter Eichler nahmen an der Konferenz teil.

Daniela Kolbe verwies in der Eröffnung der Konferenz auf die Notwendigkeit, ein zukunftssträchtiges Rentensystem in der BRD zu schaffen und die Anerkennung der berechtigten Forderung nach Rentengerechtigkeit für alle betroffenen DDR-Bürger zu erreichen. Der Bezirk Sachsen des DGB unterstützt diese Forderungen und Aktivitäten des RTR. Es geht um die Anerkennung der Lebensleistungen der Rentnerinnen und Rentner der DDR. Sie betonte, dass die Härtefallregelung einer solchen gerechten Anerkennung in keiner Weise entspricht. In Sachsen gab es zum Härtefallfonds 4516 Antragstellungen, von denen bisher nur 218 (5%) bewilligt wurden. Hinzu kommt, dass sich das Land Sachsen nicht paritätisch an der Zahlung beteiligt, so dass die Zahlungen nur 50 % des zu bewilligenden Betrages entsprechen. Der Härtefallfonds birgt in sich ein erhebliches Gerechtigkeitsproblem für die DDR-Rentner, so dass die einzig akzeptable Lösung der Gerechtigkeitsfonds ist. Zum von der Regierung verabschiedeten Rentenpaket II merkte sie an, dass die Gewerkschaften nicht mit dieser Lösung zufrieden sind und u.a. eine Haltelinie der Rente bei 50 % fordern. Als Ausweg für die Verhinderung von noch mehr Armutsrenten sieht sie im verstärkten Ausbau der Tarifbindung und der Tarifabschlüsse für alle Arbeitnehmer, besonders in Ostdeutschland. Prof. Dr. Bosbach befasste sich in seinem Referat mit der Frage ist die Rente gerecht, ist sie zukunftsfähig, ist eine gerechte Rente möglich und gibt es Alternativen? Er konnte an dem bestehenden Rentensystem nachweisen, dass es sozial ungerecht ist, indem es über den Verlauf seiner Entwicklung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) fortschreitend zu immer geringeren Rentenzahlungen gekommen ist und diese in den letzten 10 Jahren um rund 10 % gesunken sind, während dessen die Gewinne der Arbeitgeber stetig gesteigert werden konnten. Die in dieser Zeit zugestande-

nen Rentenerhöhungen deckten in den letzten 20 Jahren nicht die inflationsbedingten Steigerungen der Lebenshaltungskosten. So war es interessant zu erfahren, dass von 2000 bis 2020 die Durchschnittsrente um 23 % und das BIP um 22,2 % gestiegen sind, aber die Preissteigerungen in diesem Zeitraum im Durchschnitt 32,2 % betragen. Er bewertete diese Entwicklung als enorme Umverteilung des Reichtums von unten nach oben, im Interesse des Kapitals. Als Aussage dazu führte er an, dass das BIP von 1991 bis 2023 um 46 % gestiegen ist, jedoch die dafür aufgewendeten Arbeitsstunden nur um 2,2 %. Das stetig vorgebrachte Argument der demografischen Entwicklung, welches durch das meinungsmanipulierende Wirken der Medien wesentlich gestützt wird, ist nicht das Hauptproblem für die Entwicklung der Rente. Als Lösung des Problems sieht Prof. Bosbach die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums für den Abbau der Arbeitslosigkeit, eine den Erfordernissen am Arbeitsmarkt entsprechende Bildung der Jugend, die Beherrschung des Finanzsektors, die Finanzierung der sozialen Sicherheit und für die Erhaltung der Umwelt und des Friedens.

Prof. Bosbach zeigte in seinen Ausführungen, dass andere Lösungen möglich sind, die eine Rentenentwicklung ermöglichen, die die Armutsrenten minimiert, eine Rente schafft, von der die Menschen leben können und die ihrer Lebensleistung gerechter wird. Er zeigte am Beispiel Österreichs, dass eine solche Entwicklung möglich ist, wenn die Politik dazu den Mut hat, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Das setzt voraus, dass der Wille der Politik aufgebracht wird, die Verteilung des Reichtums als Quelle für die Sicherung der sozialen Ausgaben, insbesondere der Rente zu betrachten.

Prof. Bosbach wies auf die Gewinner des Angst erzeugenden Arguments der Demografie hin, die Unternehmer durch die Einsparung von Beiträgen zur Rente, die Versicherungen durch gute, staatlich unterstützte Geschäfte und der Kapitalmarkt durch Riester-Rente und dem Generationenkapital (Rentenpaket II). Die Politik zieht aus dieser Diskussion den Vorteil der Ablenkung vor den eigentlichen Problemen und die Journalisten, indem sich Katastrophenmeldungen besser verkaufen lassen.

Die Zukunft einer solidarischen Alterssicherung, so Prof. Bosbach, liegt in der Verbesserung der GRV und nicht in der Privatisierung durch den Ausbau einer lebensstandartsichernden GRV, die Abschaffung der PRV, die Einbeziehung aller Erwerbstätigen, die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze und die Akzeptanz möglicher steigender Beiträge.

In einem leidenschaftlich und emotional vorgebrachten Referat nahm Dietmar Polster zu den Zielen und zur Entwicklung des Rentenrechtskampfes unterschiedlicher Berufsgruppen bis zur Gründung des Vereins RTR und zu den ak-

tuellen Zielen und Vorhaben des RTR Stellung. Die Ablehnung des Härtefallfonds als Lösung für das Rentenunrecht durch den RTR als auch die Begründung für das Eintreten eines Rentengerechtigkeitsfonds nahmen in Dietmars Ausführung breiten Raum ein. Der Härtefallfonds der Bundesregierung löst die Probleme der Rentengerechtigkeit nicht, sondern schafft neue Ungerechtigkeiten. Deshalb steht die Forderung nach dem Gerechtigkeitsfonds. Nur der Gerechtigkeitsfonds kann die Lebensleistungen der betroffenen DDR-Bürger anerkennen. Deshalb wird der RTR weiter für seine Durchsetzung streiten. Dietmar Polster formulierte als gemeinsames Ziel aller für Rentengerechtigkeit Eintretenden, dass die Schaffung dieses Gerechtigkeitsfonds ohne Ausschlusskriterien in den Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung aufgenommen wird, als Voraussetzung einer erfolgreichen Umsetzung.

In der anschließenden Podiumsdiskussion brachten alle Diskussionsredner übereinstimmend zum Ausdruck, dass die Forderungen nach Rentengerechtigkeit der Betroffenen mehr als gerechtfertigt sind und sie in ihrem Kampf um Rentengerechtigkeit nicht nachlassen werden. Nach dem Anerkenntnis dieser Forderungen durch politische Verantwortliche, Gewerkschaften und Organisationen müssen durch diese Taten für deren Unterstützung und Umsetzung folgen. Die Politiker sind hinsichtlich ihrer Zusagen und Versprechungen in die Verantwortung zu nehmen, so die Auffassung der Diskussionsredner. Die Forderungen sind stärker in die Öffentlichkeit und in die öffentliche Auseinandersetzung zu tragen. Es sind weitere Unterstützer dieses Kampfes zu gewinnen und die Anstrengungen durch Maßnahmen im Wahlkampf zu den anstehenden Landtagswahlen und 2025 zur Bundestagswahl zu erhöhen. Mit dem DGB, Bezirk Sachsen gibt es einen starken Unterstützer, und die anwesenden Vertreter der SPD und der anderen Organisationen sicherten ihre Unterstützung zu. So endete die Konferenz mit viel Optimismus, aber auch dem Willen, den Kampf für Rentengerechtigkeit erfolgreich fortzuführen. Für die Teilnehmer der Konferenz gibt es dazu keine Alternative.

ISOR findet im RTR einen natürlichen Partner und eine starke unterstützende Kraft. Unsere Einladung zur Konferenz sowie die öffentliche Vorstellung unserer Vertreter zeigen, dass wir immer mehr Anerkennung finden und unser gemeinsamer Kampf gegen das Rentenunrecht eine solide Basis bietet. Unter diesem Aspekt unterstützen wir als ISOR den RTR.

In einer Pressemitteilung des DGB Sachsen, die zur Konferenz veröffentlicht wurde, fordert der DGB Bezirk Sachsen den Gerechtigkeitsfonds für DDR-Rentnerinnen und -Rentner. Die Pressemitteilung kann im Internet auf den Seiten des RTR und des DGB Bezirk Sachsen eingesehen werden *Gerald Böhm Stellv. Vorsitzender ISOR e.V. / TIG Leipzig*



Die Erinnerung wach halten



Am 22.06.2024, dem 83. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion durch das faschistische Deutschland fanden sich Chemnitzerinnen und Chemnitzer sowie ein russischer Freund, Sohn eines Gardeoffiziers der Roten Armee, am Gedenkstein für Dr. Richard Sorge auf dem Kaßberg unserer Stadt ein. Unter der Federführung von P. Blechschmidt wird dieser Erinnerungsort stets in einem würdigen Zustand gehalten. Allen Beschädigungen zum Trotz werden mit regelmäßigen Arbeitseinsätzen, Kontakten und Unterstützung über städtische Behörden die Grundlagen dafür geschaffen. Es ist wichtig anzumerken, dass dies der einzige Gedenkort für den Kopf der Gruppe „Ramsay“,

die den genannten Zeitpunkt des Überfalls in die Sowjetunion gemeldet hatte, in Sachsen ist. Am gleichen Tag fanden sich an der Kriegsgräberstätte in Pockau-Lengefeld, OT Nennigsmühle Vertreter der Erzgebirgsfreunde Russlands am N. Staffa ein. Hier wird ebenfalls mit Einsatz der würdigen Rahmen des Denkmals für 91 sowjetische Kriegsgefangene in dieser Außenstelle des Stalag IV F, Hartmannsdorf erhalten. Darüber hinaus betreuen wir noch eine Gedenkstätte für sowjetische Kriegsgefangene in Chemnitz-Glösa.

Dort wurden 21 sowjetische Kriegsgefangene bestattet, die in der Krautkeim-Gießerei durch Zwangsarbeit und Bombardements in den Jah-



ren 1944/45 getötet wurden.

Es ist mir ein äußerst wichtiges Anliegen und Auftrag zugleich, in der heutigen Zeit, in der Geschichte umgeschrieben wird, an die Schicksale von Millionen Sowjetbürgern und anderer Kämpfer gegen den Faschismus, sowie an die Rolle der Sowjetunion im 2. Weltkrieg zu erinnern.

Siegfried Seltmann, TIG Chemnitz

Volkspolizei – aus dem Volk, für das Volk

Der 1. Juli wurde in der DDR seit Beginn der 60er Jahre (vorher war es der 1. Juni) als Tag der Deutschen Volkspolizei begangen, der ersten deutschen Polizei, die den Schutz der Errungenschaften der Werktätigen zur Aufgabe hatte. Die Polizei erfüllte einen Klassenauftrag, der besonders im Eid aller Volkspolizisten zum Ausdruck kam (Auszug): „Ich schwöre, dass ich, ohne meine Kräfte zu schonen, auch unter Einsatz meines Lebens die sozialistische Gesellschafts-, Staats- und Rechtsordnung, das sozialistische Eigentum, die Persönlichkeit, die Rechte und das persönliche Eigentum der Bürger vor verbrecherischen Anschlägen schützen werde.“

Meine Mutter wuchs in einer kommunistischen Arbeiterfamilie auf. Sie war viele Jahre als gewählte Stadtverordnete der SED in Leipzig aktiv. Mein Vater ging als Mitglied der SED in der Phase der Bildung von LPG in den 50er Jahren als Agitator aufs Land. Was lag bei solchen Eltern näher, als dass mein Bruder Offizier der NVA, ich Offizier der Volkspolizei wurde. Wir wollten die sozialistischen Errungenschaften mit der Waffe in der Hand schützen. Das mag schwülstig klingen, war aber so und Ergebnis der bei uns übereinstimmenden Erziehung durch Elternhaus, Schule und Gesellschaft.

Als Vorbereitung auf den Dienst wurde ich Ende 1971 Freiwilliger Helfer der Deutschen Volkspolizei. Mit dem ABV unseres Wohngebietes lief

ich im Norden von Leipzig Streife und bekam so praktischen Einblick in die Aufgaben und Arbeitsweise der Volkspolizei. Ich spürte deutlich, dass er nicht nur als Vertreter der Volksmacht, sondern auch als Persönlichkeit, als „Freund und Helfer“ geachtet wurde und anerkannt war. Dann kam der ersehnte Tag. Im Mai 1972 wurde ich Volkspolizist und Uniformträger. Ich war stolz, meine Eltern ebenso. Folgerichtig wollte auch ich Mitglied der SED werden. Da ich jedoch aus einem Angestellten-Elternhaus kam, wurde das vorläufig nichts. Erst kurz vor Aufnahme des Studiums an der Offizierschule des MdI wurde meinem Aufnahmeantrag entsprochen.

Stellvertretend für viele positive Rückmeldungen zur OKV-Erklärung

Zustimmung

zur Erklärung des Präsidiums des OKV zur Friedensinitiative Wladimir Putins
Leipzig, 26.06.2024

Wir Teilnehmer der heutigen Informationsveranstaltung der ISOR e.V., TIG Leipzig zu Erfordernissen und Aktivitäten der Unterstützung des Friedenskampfes stimmen der Erklärung des Präsidiums des OKV zur Friedensinitiative Wladimir Putins vorbehaltlos zu. In einer Zeit, in der sich die Zuspitzung des Konfliktes zu einem die Zivilisation der

Als Dienstanfänger der Schutzpolizei im Bezirk Leipzig absolvierte man eine sechsmo- natige theoretische Grundausbildung an der Polizeischule in Dommitzsch und eine sechsmo- natige praktische Ausbildung im Polizei-Re- vier Mitte von Leipzig, das Ausbildungsrevier war. Streife laufen im Zentrum der Messestadt Leipzig, dort, wo das Leben der Stadt pulsiert! Die Aufgaben waren vielseitig, interessant und „abenteuerlich“. Ich war 19 (!) und „Anwärter der Deutschen Volkspolizei!“ In der Zeit der Ausbildung leistete man Dienst gemeinsam mit einem erfahrenen Volkspolizisten. Unser Gruppenführer, Meister der VP Mönch, mit dem ich zur Streife unterwegs war, war für mich ein Vorbild. Er hatte ein hohes fachliches Wissen und war ruhig und besonnen.

Menschheit vernichtenden 3. Weltkrieg mit wachsender Geschwindigkeit vollzieht, bietet diese Friedensinitiative der Beendigung des militärischen Konflikts und der Wiederher- stellung des Friedens in der Ukraine eine rea- le Chance. Sie ist zugleich der Garant, einen atomaren Krieg zu verhindern.

Wir unterstützen den Friedenswillen des russischen Volkes und setzen uns dafür ein, wie in der Erklärung des OKV gefordert, der Vernunft im Interesse aller Menschen zum Durchbruch zu verhelfen und diese Friedens- initiative durch alle Friedenskräfte gemein- sam zu unterstützen.

Gerald Böhm, Vorsitzender der TIG Leipzig



Wie es in einem Schutz- und Sicherheitsorgan unerlässlich ist, waren z. B. auch Anzugsordnung und Auftreten in der Öffentlichkeit detailliert geregelt. Ich muss immer wieder den Kopf schütteln und bin oft auch empört darüber, wie sich heute Polizisten im Dienst und dem Bürger gegenüber verhalten. Sich als Uniformträger z. B. ohne Kopfbedeckung oder rauchend in der Öffentlichkeit zu bewegen, war in unserer Zeit undenkbar. Dem Bürger mit Händen in den Taschen oder anderweitig unhöflich zu begegnen, wäre uns nie eingefallen.

Mein Ziel war von Anfang an klar und wurde von meinen Vorgesetzten unterstützt. Ich wollte mich im Dienstbereich Schutzpolizei zum Offizier qualifizieren und später Führungsaufgaben erfüllen. Nach Abschluss der Grundausbildung wurden einige von uns jungen Dienstanfängern, die als „Ungediente“ in die Reihen der Volkspolizei aufgenommen worden waren, Soldaten der Grenztruppen der DDR. Da meine Perspektive in der DVP klar abgesteckt war, leistete ich nur den Grundwehrdienst von 18 Monaten. Auch dieser Dienst war eine Schule für mich, stand ich doch den Angehörigen des BGS an einem Abschnitt unserer Staatsgrenze als Vertreter des Klassenfeindes Auge in Auge gegenüber und spürte fast täglich den Hass, den sie auf uns „Kommunisten“ hatten.

Nach Absolvierung des Grundwehrdienstes wurde ich wieder in den Streifeneinzeldienst des VP-Reviers Mitte eingegliedert. Durch den Revierleiter persönlich wurden Offiziersanwärter auf den Besuch der Offiziersschule des Ministeriums des Innern (1976 erhielt sie den Ehrennamen „Wilhelm Pieck“) in Aschersleben vorbereitet. Am 1. August 1977, nach Erwerb des Fachschulabschlusses, erfolgte die Ernennung zum Unterleutnant der VP und man durfte die Berufsbezeichnung „Offizier der mittleren

Laufbahn der Organe des Ministeriums des Innern“ und „Staatswissenschaftler“ führen. In der Fachschulabschlussarbeit wies ich nach, dass der Leiter des VP-Reviers bei der Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens erzieherisch auf den Rechtsverletzer einwirkt. Diese Arbeit trug den Geheimhaltungsgrad „Nur für den Dienstgebrauch“ und wurde demzufolge dem Absolventen nicht ausgehändigt, sondern im Archiv der Offiziersschule verwahrt. Leider existiert die Arbeit heute nicht mehr, da die „Brüder und Schwestern aus dem Westen“ diesen Fundus an Abschlussarbeiten nicht für bewahrenswert hielten. Man hätte ja den Humanismus des Sozialismus in der DDR sichtbar machen können....

Auch auf den Besuch der Hochschule der Deutschen Volkspolizei „Karl Liebknecht“ in Berlin bereitete man mich gründlich vor. Als Angehöriger der Kontrollgruppe des Chefs der BDVP erhielt ich Einblick in alle Bereiche der Tätigkeit der Volkspolizei und der anderen Organe des MdI (Feuerwehr und Strafvollzug), reifte und konnte Erfahrungen sammeln. Nach der zweijährigen Ausbildung zum Offizier der höheren Laufbahn, die ich im Juli 1980 beendete, führte man die Berufsbezeichnung „Diplomstaatswissenschaftler“. Danach versah ich mehrere Jahre Dienst im Stab, Abteilung Operativ der BDVP, war FDJ-Sekretär der Dienststelle, wurde dann in das Politorgan übernommen und nach kurzer Zeit als Stellvertreter des Leiters VPKA für politische Arbeit eingesetzt. Vom Minister des Innern und Chef der DVP, Generaloberst Friedrich Dickel, wurde ich nach 5 Jahren Tätigkeit als „Polit“ am 1.7.1989 zum Leiter eines Volkspolizei-Kreisamtes ernannt, nachdem ich noch einen Speziallehrgang zu Fragen der Stellung und den Aufgaben der DVP im System der Landesverteidigung absolvierte.

Ich stellte mir 1990 zur Aufgabe, den Angehörigen „meiner“ Dienststelle zu helfen, im zivilen Bereich in Lohn und Brot zu kommen, die in der BRD nicht mehr zur Polizei gehören sollten (z. B. Pass- und Meldewesen, Erlaubniswesen, Offizier Kampfgruppen u. a. m.). Das gelang ihnen leider in den wenigsten Fällen sofort, waren sie doch durch die Tätigkeit in der DVP „politisch vorbelastet“. Die Uniform des Klassengegners zog ich nicht an und schied auf eigenen Wunsch aus der Polizei als Major der VP aus. Ich konnte es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, nun für die Interessen des Kapitals meine Haut zu Markte zu tragen. Wird doch der Charakter jeder Polizei vom Charakter der bestehenden Macht, von der Klasse, die die politische Herrschaft ausübt, ihren Interessen und Zielen bestimmt. Eine über den Klassen stehende unpolitische und unparteiische Polizei als neutrales Ordnungsorgan gibt es nicht. Mir liegt es fern, andere Polizisten zu verurteilen, die den Dienst nicht quittierten, ging es doch bei vielen von ihnen um die Existenz der Familien.

Viele ehemalige Angehörige der DVP oder der anderen Organe des MdI haben solche oder ähnliche Erfahrungen. Sie alle konnten erleben, dass ihnen, gepaart mit ihrem Fleiß, die herrschende Arbeiterklasse im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern eine solche Entwicklung ermöglichte. Wir waren mit Leib und Seele Volkspolizisten und stolz auf unsere sozialistische Heimat. So ist auch der 1. Juli Anlass für uns und sicher auch für unsere Klassen- und Waffenbrüder in den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen der DDR, uns an den Dienst zum Wohle des Volkes zu erinnern. Dabei sollten wir immer bestrebt sein, unsere Erfahrungen im bewaffneten Organ und im Sozialismus insbesondere unseren Kindern und Enkelkindern zu vermitteln.

Bernd Gnant, TIG Kühlungsborn

* * * LESERBRIEFE * * *

Seit dem Erscheinen unserer Monatsausgabe Juni 2024, ...

... erreichten unsere Redaktion zahlreiche Briefe und E-Mails:

Lieber Hans Grude, Dieter Karl Dethloff, Reinhard Lehmann und Hans Lüdke, wir bedanken uns erst einmal für eure Zuschriften und unterstützenden Anregungen und Hinweise für die weitere Arbeit.

Sind diese doch Zeugnis und Ausdruck über eure Wahrnehmung der Verantwortung zur Gegenwart und Zukunft unseres Vereins und der Zustimmung und Fortführung unseres Kampfes, jedoch nicht nur um Rentengerechtigkeit. Mit Hinweis auf den Beitrag von Anja Mewes „Sturm im Wasserglas“, steht unter Beachtung aller vielfältigen Probleme der Kampf um den Frieden unbestritten an erster Stelle.

Die Anpassung der Finanzpolitik unseres Vereins an die aktuellen Gegebenheiten und Erfordernisse ist ebenfalls richtig und trägt auch konzeptionell den Herausforderungen zum langfristigen Erhalt von ISOR e. V. Rechnung. Ein zentraler Spendenauftrag über ISOR aktuell im IV. Quartal wird dabei die Fortsetzung unserer Aktivitäten auf dem Gebiet der Finanzarbeit sein.

Wir begrüßen des Weiteren den Vorschlag über die Erhöhung der Wirksamkeit unseres Kampfes. Die Entfaltung weiterer Aktivitäten zum unsäglichen Abbau der Situation der gesell-

schaftlichen und politischen Ausgrenzung und Ächtung der ehemaligen MfS Angehörigen, d.h. der offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter, Funktionäre der SED, ehemalige Minister und Generäle der bewaffneten Organe wird unsererseits aufgegriffen. Viel zu lange schon dauert dieser Zustand seit der „Wende“ an. Wie wurde in euren Briefen ausgeführt, Vorschläge über das „Wie“ unseres Kampfes sind gefragt. Diesbezüglich sind wir natürlich an Vorschlägen seitens unserer Mitglieder interessiert. Bitte teilt diese uns mit, Möglichkeiten gibt es viele - per Post, Telefon oder Mail. Wir werden darauf antworten. In diesem Sinne - auf weitere gute Zusammenarbeit.

Euer Redaktionsteam

„Liebe Leser, leider können wir nicht alle Zuschriften in unserer Zeitschrift unterbringen.
Weitere veröffentlichen wir auf: www.isor-sozialverein.de unter der Rubrik: Leserbriefe.

Ich hatte die Rezension Prof. Müller-Enbergs zu dem Buch von Michael Wala „Der Stasi-Mythos DDR-Auslandsspionage und der Verfassungsschutz“ in der FAZ am 30.04.24 gelesen. Seine kritisch fundierte, objektive Meinung zu diesem Buch fand ich aussagekräftig und gut. Mein Überblick über die gesamte Aufklärungsarbeit der HVA ist durch meine Tätigkeit im Sektor Wissenschaft und Technik „geheimdienstgemäß“ begrenzt. Deshalb gehe ich auch in meinem Leserbrief vom 03.05.24 (nachstehend mit einigen Änderungen) an die FAZ auf Fehler des Autors Wala, die vorwiegend im Zusammenhang mit der Arbeit im Sektor Wissenschaft und Technik stehen, ein.

Michael Wala - Der Stasi Mythos

Ich bin schon erstaunt, dass die erste Auflage „Der Stasi Mythos DDR-Auslandsspionage und der Verfassungsschutz“ von Michael Wala noch immer auf dem Buchmarkt ist. In der FAZ vom 30.04.2024 fand ich die sachlich-kritische Rezension dieses Buches durch den ausgewiesenen Geheimdienstexperten Prof. Dr. Müller-Enbergs. Sie bedeutet letzten Endes eine vernichtende Kritik der historiografisch-wissenschaftlichen Qualität dieses Unterfangens. An der Buchvorstellung des „Stasi Mythos...“ durch den Autor am 26.10.2023 habe ich teilgenommen. Ich war 20 Jahre im DDR-Auslandsspionagedienst (HVA) beschäftigt und hatte das Buch aufmerksam gelesen.

Atomwaffengegnerinnen im Gefängnis

In der Juli-ISOR-aktuell-Ausgabe informierte Ernst-Ludwig Iskenius, IPPNW, über zwei Friedensaktivistinnen, Susan Crane und Susan van der Hijden, die als aktive Atomwaffengegnerinnen in der JVA Rohrbach einsitzen. Stellvertretend für unseren Verein der Friedensglockengesellschaft Berlin e.V. habe ich einen Brief an die beiden Susans geschrieben und bereits kurze Zeit später hat Susan Crane geantwortet. Es war für uns sehr wichtig, dass sie im Gefängnis unsere uneingeschränkte Solidarität erfahren. Susan Crane bedankte sich für den Brief, die Fotos und unsere Veröffentlichung ihrer Aktivitäten über unsere facebook-Seite.

Der Brief habe ihr Kraft und Ermutigung gegeben. In diesem Sinne bleibt es wichtig, sie weiterhin mit Postkarten und Briefen zu versorgen, denn Susan Crane wird noch bis Januar 2025 im Gefängnis bleiben müssen. Susan van der Hijden wird im Herbst das Gefängnis verlassen können. Wie schreibt Susan Crane: „Wir sind durch einen gemeinsamen Geist vereint“. Die Anschrift: Susan Crane / Susan van der Hijden - JVA Rohrbach, Peter-Cäsar-Allee 7, 55597 Wöllstein

Anja Mewes/ TIG Hellersdorf

Vieles war mir aus der eigenen Spionage-Praxis, durch die Rosenholzkartei und aus entsprechender Literatur bereits bekannt. Bei der Präsentation betonte Prof. Wala mehrmals die Wissenschaftlichkeit seiner Recherchen, die zum „Entblättern“ der HVA beitragen sollten. In meinem anschließenden Diskussionsbeitrag und einem persönlichen Gespräch mit Prof. Wala wies ich ihn auf den akuten Mangel an Quellenangaben zu brisanten Detailaussagen und auf eine ganze Reihe von sachlichen Fehlern hin, die mir bei der Lektüre aufgefallen waren und die mir im Widerspruch zu der von ihm so betonten Wissenschaftlichkeit standen. Auf seine Bitte listete ich ihm diese danach auch schriftlich auf, z.B.:

- Werner Großmann, war kein Mitarbeiter der HA II und natürlich auch kein Stellv. Leiter der HA II. Er war der Nachfolger von Markus Wolf und Chef der Auslandsspionage, der HVA.

- Dem Überläufer/Verräter Werner Stiller verpasst Prof. Wala geradezu einen Glorienschein. Das will ich nicht weiter kommentieren. (Ich kannte Werner Stiller, der ebenfalls dem damaligen Sektor Wissenschaft und Technik angehörte, recht gut. Ich schreibe zum Verräter Stiller ausführlicher in meinem Buch: „Mit ganzem Herzen“...) Aber die Wissenschaftlichkeit des Prof. muss pausiert haben, als er schrieb, dass Stiller „täglich vier Leute zu verschiedenen Zwecken losgeschickt habe“. Bezogen auf die gesamte HVA „wären das dann in den 1970-er Jahren an die 1000 Reisen pro Woche oder etwa 50 000 jährlich gewesen.“ (S. 103). Das ist einfach lächerlich. Solche Hirngespinnste werden nicht glaubhafter, wenn Prof. Wala dann feststellt: „andere ebenfalls vage Schätzungen gehen von etwa 30.000 Reisen pro Jahr aus“.

- Der Verräter Frank Weigelt, (er verrät seine eigene hochqualifizierte Quelle) Mitarbeiter der Abteilung XV im Sektor Wissenschaft und Technik (SWT), in der auch ich arbeitete, war weder Stellvertreter der Abteilungsleiter noch Referatsleiter, er war Stellv. Leiter eines Referates. Weigelt wurde vom Verfassungsschutz unter dem Decknamen „Bistro“ geführt, soll dafür einen Judas-Verratslohn von 53.000 DM erhalten und eine Anstellung in einer Sicherheitsfirma erhalten haben.

- Die im Buch genannte große Anzahl von 12.000 durch den Verfassungsschutz, überwobenen und „umgedrehten“ DDR-Spionen, die danach zum überwiegenden Teil als Countermen gegen die DDR gearbeitet hätten, zweifelte ich an, zumal auch sie im Buch völlig unbelegt blieb. Ich habe Prof. Wala aufgefordert, diese Zahl dokumentarisch zu untersetzen und aufzugliedern.

So kann ich der fundamentalen Kritik von Prof. Dr. Müller-Enbergs an der Unzulänglichkeit des Buches aus eigener Anschauung und Erfahrung nur beipflichten.

post scriptum: Ich habe mich nie an der Diskussion über die Frage: „War die HVA einer der besten oder gar der beste Geheimdienst der Welt?“ beteiligt.

Letztlich hat die Geschichte auch diese Frage als eine müßig-belanglose beantwortet: der Staat des „besten Geheimdienstes“ ist mit diesem untergegangen.

Peter Großmann, Berlin

(Die kritische und objektive Rezension des Prof. Müller-Enbergs kann auf meiner Internetseite nachgelesen werden Link dazu: petergrossmann.eu)

EU-Empörung über Orbáns Moskaubesuch

In Europa tobt seit zweieinhalb Jahren ein Krieg, den schon hunderttausende Menschen mit ihren Leben bezahlt haben! Endlich ergreift der amtierende EU-Ratspräsident Viktor Orbán die Initiative, den existenziell gefährlichen Konflikt für ganz Europa und die Welt entschärfen zu wollen. Zuerst reist er nach Kiew, um anschließend mit der kriegsbeteiligten Gegenpartei in Moskau Kontakt aufzunehmen. Das ist genau das, was man von der EU als Friedensnobelpreisträgerin erwarten darf, wenn sie denn ihren eigenen wertedefinierten Ansprüchen gerecht werden will. Plötzlich ist da die Hoffnung, dass die Diplomatie wieder das Gewicht erhält, was für die erfolgreiche Gestaltung internationaler Beziehungen notwendig ist.

Und was passiert? Völlig unverständlich erhebt sich in Brüssel, Berlin und anderswo nahezu ein Geschrei und Distanzierungsver-

halten christ-, liberal- und sozialpolitischer Mandatsträger, bei dem sich die Grünen noch besonders hervortun, um die auf einen Waffenstillstand orientierte Initiative zu delegitimieren. Heuchlerischer kann man nicht handeln.

Dabei geht es um den ersten ernsthaften Versuch aus dem Westen, dem Sterben und Leiden von Kindern, Frauen und Männern ein Ende bereiten zu wollen. Es wäre nur zu wünschen, dass neben dem slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico auch weitere Politikerinnen und Politiker in Europa, aber auch der USA, auf friedenspolitische diplomatische Aktivitäten setzen und sie unterstützen würden.

Raimon Brete,

Josephinenplatz 1, 09113 Chemnitz

Titos Dolmetscher

Ivanji, Ivan: Titos Dolmetscher.,
gestorben am 09.05.2024
Als Literat am Pulsschlag der Politik
Print: € 17,90. ISBN: 978-3-85371-272-6.
E-Book: € 13,99. ISBN: 978-3-85371-848-3.



Über fünfzehn Jahre lang hat Ivan Ivanji in den 1970er und 1980er Jahren die Begegnungen von Josip Broz Tito und anderer führender jugoslawischer Politiker mit Staatsmännern des deutschsprachigen Raumes gedolmetscht. Auf diese Weise nahm der Schriftsteller in der Rolle des Übersetzers unmittelbar am historischen Zeitgeschehen teil.

„Titos Dolmetscher“ beschreibt Weltgeschichte, gesehen mit den Augen eines Literaten und Übersetzers. Als Teilnehmer von drei großen internationalen Konferenzen - der Gründungskonferenz der KSZE (deren Nachfolge die OSZE angetreten hat) 1975 in Helsinki, der Versammlung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1976 in Ostberlin und der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Havanna 1979 - entwirft Ivan Ivanji ein sehr lebendiges Bild der so genannten multilateralen Diplomatie der 1970er Jahre, als Jugoslawien im Konzert der Staatengemeinschaft eine allseits anerkannte Rolle gespielt hat.

**Macht-Scharade+
Dokumentation+
75 Jahre BRD**

ISBN 978-3-00-078102-5
Print-Ausgabe: 18,50 Euro
Bestellungen auch per Mail: autor-und-verlag-heidig@gmx.de

Am 2. August 1945 verabschiedeten die Siegermächte des II. Weltkrieges UdSSR, USA und Großbritannien mit dem »Potsdamer Abkommen« ihre Ziele für ein künftiges friedliches neues Deutschland. Sie vereinbarten u. a.: »Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Mit diesem Ziel sind gemeinsame Richtlinien aufzustellen hinsichtlich [...] der Währung und des Bankwesens« und »der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet«. Die »Macht-Scharade« skizziert und dokumentiert den Verrat an diesen Beschlüssen und nennt die politischen Hauptakteure.

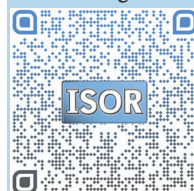


**Putins komplette
Grundsatzrede zur russischen Außenpolitik**

Wenn der russische Präsident Putin vor der Leitung des russischen Außenministeriums eine Rede hält, ist das immer ein sehr wichtiger und seltener Moment. Die letzte Rede hat Putin dort im November 2021 gehalten. Damals hat er die russischen Diplomaten fast flehentlich aufgerufen, trotz aller Wort- und Vertragsbrüche des Westens noch einmal alles in ihrer Macht stehende zu tun, um eine Eskalation in der Ukraine zu verhindern.

Kurz darauf hat das russische Außenministerium Mitte Dezember 2021 den USA und der NATO Vorschläge für gegenseitige Sicherheitsgarantien unterbreitet, die die NATO und die USA zum Monatswechsel Januar/Februar 2022 abgelehnt haben, wonach die Eskalation in der Ukraine, die nur drei Wochen später einsetzte, unausweichlich geworden war.

Nun hat Präsident Putin im russischen Außenministerium wieder eine Grundsatzrede über die außenpolitischen Ziele Russlands gehalten. Die ersten Medienberichte darüber konzentrieren sich darauf, dass Putin in seiner Rede einen Friedensvorschlag zur Ukraine-Krise unterbreitet hat. Allerdings kam der erst am Ende der mehr als einstündigen Rede, deren restlichen Teile, die die Ziele der russischen Außenpolitik umschreiben, nicht weniger interessant sind. Daher habe ich Putins gesamte Rede übersetzt.



QR Code scannen oder:
<https://anti-spiegel.ru/2024/putins-komplette-grundsatzrede-zur-russischen-aussenpolitik/>

von Thomas Röper

Vorsitzender:
Joachim Bonatz
Postanschrift:
ISOR e. V.
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin
Herausgeber: ISOR e. V.
V.i.S.d.P: Steffen Haupt
Redaktion: Steffen Haupt
E-Mail: isor-berlin@t-online.de
Vertrieb: Peter Ott
isor-berlin@t-online.de
Layout: Ulrike Schiga,
LibelleDeko
Herstellung:
Druckerei Gottschalk
Internet: www.isor-sozialverein.de

IMPRESSUM

Redaktionsschluss: 24.07.2024
Print- und Internetausgabe: 06.08.2024
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 21.08.2024
Geschäftsführer: Anja Mewes
Di: 9-16 Uhr
Mi: nach telef. Vereinbarung
Tel.: 030 297843-16
Fax: 030 297843-20
E-Mail: isor-berlin@t-online.de
Rente/Soziales: Peter Ott
Di: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-15
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Schatzmeister: Hans-Peter Speck
Di: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-19
E-Mail: isor-finanz@t-online.de

Buchhaltung: Sonja Franz
Mo-Do: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-19
E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Mitgliederbewegung:
Bernd Hartmann
Mi: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-17
E-Mail: isor-stat@t-online.de

Bankverbind.: Berliner Sparkasse
IBAN: DE43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBEXX

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinn wahrende Kürzungen vor.